

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Gaiberg
am 26. Juli 2023

Verhandelt: Gaiberg, den 26. Juli 2023, 19:00 Uhr

Anwesend:

- | | |
|--------------------------------|---|
| 1. Vorsitzende: | Bürgermeisterin Petra Müller-Vogel |
| 2. Gemeinderäte: | Dr. Arnold, Alexia
Dr. Hennrich, Hans Jürgen
Kick, Boris
Klingmann, Gisela
Dr. Mühleisen, Martin
Müller, Manfred
Müller, Uwe
Carmen Himmelmann
Schuh, Eric (ab 19.02 Uhr)
Volkman, Matthias
Wallenwein, Jochen |
| 3. Schriftführerin: | Angestellte Nina Wesselky |
| 4. Beamte, Angestellte: | Hauptamtsleiterin Lena Werner |

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass durch Schreiben vom 18. Juli 2023 ordnungsgemäß geladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung wurde am 18. Juli 2023 auf der Website der Gemeinde unter www.gaiberg.de/rathaus-service/oeffentliche-bekanntmachungen bekannt gemacht.

Das Kollegium ist beschlussfähig, weil 12 Mitglieder anwesend sind.

Es fehlten als beurlaubt: Senghas, Gunther

nicht beurlaubt, oder aus anderen Gründen: -/-

zu Urkundspersonen wurden ernannt: Gemeinderätin Dr. Alexia Arnold
Gemeinderat Wallenwein

**Öffentliche Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 26. Juli 2023
um 19.00 Uhr im “BürgerForum Altes Schulhaus”**

T a g e s o r d n u n g

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 6/2023 vom 28. Juni 2023
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 28. Juni 2023
3. Bürgerfragestunde
4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Kindergarten – Erhöhung der Benutzungsgebühren und Aufnahmeregelung Besuchskinder
5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Schulkindbetreuung
6. Aufhebung der Satzung der Gemeinde Gaiberg über die Kindergartenordnung vom 22.07.2020
7. Antrag des Kirchenbauvereins auf Aufnahme in das Vereins-Förderprogramm der Gemeinde Gaiberg
8. Dachabdichtung Scheune Beauftragung
9. Endgültige Ernennung von Herrn Micha Dittrich zum Standesbeamten
10. Annahme von Spenden
11. Bekanntgaben der Verwaltung
12. Fragen und Anträge der Gemeinderäte*innen

Vor Einstieg in die Tagesordnung gratuliert Bürgermeisterin Müller-Vogel Gemeinderat Manfred Müller nachträglich herzlich zum Geburtstag und überreicht ihm eine kleine Aufmerksamkeit.

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 6/2023 vom 28. Juni 2023

Beschluss

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 6/2023 vom 28. Juni 2023 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 28. Juni 2023

- Es wurde über das weitere Vorgehen bzgl. einer möglichen Erschließung der Erweiterung des Gewerbegebietes beschlossen.
- Beschluss über das weitere Vorgehen bzgl. eines Vordaches für die Ortsmitte.
- Zustimmung zu einem Stundungsantrag.

3. Bürgerfragestunde

Kein Bedarf.

4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Kindergarten – Erhöhung der Benutzungsgebühren und Aufnahmeregulierung Besuchskinder

Die Vertreter des Städtetags, Gemeindetages und der Kirchenleitungen sowie der kirchlichen Fachverbände in Baden-Württemberg haben sich auf die Erhöhung der Elternbeiträge im Kindergartenjahr 2023/2024 verständigt.

Die Refinanzierung der Frühkindlichen Bildung sieht eine Kostenverteilung auf anteilige Bundesmittel, Landesmittel, Kommunale Anteile, Trägeranteile und Elternbeteiligung vor. Im Jahr 2020 fielen laut Jahresrechnungsstatistik der kommunalen Haushalte rund 4,5 Mrd. Euro für die Personal- und Sachausgaben in der Frühkindlichen Bildung an. Nach wie vor unterliegt die Arbeit in der Frühkindlichen Bildung stetigen Kostensteigerungen, nicht zuletzt durch die Aufwertung der pädagogischen Fachkräfte im Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst. Eine angemessene Anpassung der Elternbeiträge wird in Zeiten multipler Krisen, die zugleich Träger und Familien belasten, zunehmend herausfordernd. Ein zentrales Anliegen ist es, ein finanziell gesichertes Betreuungsangebot zu erhalten und gleichzeitig die Belastung der Familien angemessen im Blick zu behalten.

Vor dem Hintergrund, dass die tatsächlichen Kostensteigerungen in Zeiten der Pandemie bewusst nicht im erforderlichen Maß in die Erhöhung der Elternbeiträge eingeflossen sind, muss nun nach und nach eine deutlich höhere Anpassung der Beitragssätze nachgeholt werden.

Die Vertreter des Städtetages, Gemeindetages und der Kirchenleitungen empfehlen für das Kindergartenjahr 2023/2024 eine Erhöhung der Elternbeiträge um 8,5 Prozent.

Nachdem Eltern und Familien verschiedentlich bei der Kompensation der gestiegenen Lebenshaltungskosten geholfen wurde und insbesondere Eltern in prekärer wirtschaftlicher Lage von den Erhöhungen nur bedingt betroffen sind, wird die vorgeschlagene Erhöhung als vertretbar angesehen.

Das angestrebte Ziel der unterzeichnenden Verbände in Baden-Württemberg bleibt ein Kostendeckungsgrad von 20 Prozent durch Elternbeteiligung. In Gaiberg lag der Kostendeckungsgrad durch Elternbeteiligung 2022 bei 20.1 %. Für die Kinderbetreuung wurde im Haushaltsjahr 2022 ein Gesamtdefizit in Höhe von 410.936,55 € verbucht. Im Jahr 2023 rechnen wir nach jetzigem Stand mit einem Defizit von 531.000,00 €, dabei ist bei den Personalkosten eine Steigerung von 3 % durch Lohnerhöhungen eingeplant. Die Tarifrunde für 2023 fiel jedoch deutlich höher aus, was somit das Defizit noch erhöht. Durch die ständig steigenden Kosten kann der angestrebte Kostendeckungsgrad leider nicht mehr erreicht werden. Damit dieser nicht noch weiter absinkt und sich das Gesamtdefizit weiter erhöht, schlagen wir vor, den Beitragsempfehlungen des Städte- und Gemeindetages zu folgen.

Für den Regelkindergarten ist dem vorgeschlagenen Beitrag von 151 € (Bemessungsgrundlage VÖ mit jeweils 30 Stunden Öffnungszeit/Woche) zu folgen. Da wir verlängerte Öffnungszeiten von 32,5 Stunden/Woche haben, werden die Empfehlungen wie bisher, um 25% erhöht. Für die Ganztagsgruppen gibt es nach wie vor keine konkreten Beitrags-Empfehlungen. Hier wurde der empfohlene Prozentsatz von 8,5% angewendet.

Mit diesen Gebührenempfehlungen bleibt die Steigerung erneut bewusst hinter der Entwicklung der tatsächlichen Kostensteigerungen zurück, um so den Auswirkungen der anhaltenden Krisen auf die Eltern gerecht zu werden.

§ 5

Benutzungsentgelt (Elternbeitrag) alt

Alle Werte auf volle Euro auf oder abgerundet			
Kinder ab 3 Jahren	VÖ *	GT* Kurz	GT* Lang
Regelbeitrag 1 Kind-Familie	172,00 €	248,00 €	314,00 €
Rabattierung auf den Regelbeitrag 20 % bei Familieneinkommen unter 70.000,00 €	138,00 €	198,00 €	251,00 €
Ermäßigungsstufe I 80 % 2- Kind-Familie	138,00 €	198,00 €	251,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	110,00 €	158,00 €	201,00 €
Ermäßigungsstufe II 70 % 3- Kind-Familie	120,00 €	174,00 €	220,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	96,00 €	139,00 €	176,00 €
Ermäßigungsstufe III 60 % 4- und Mehrkind-Familie	103,00 €	149,00 €	188,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	82,00 €	119,00 €	150,00 €

§ 5

Benutzungsentgelt (Elternbeitrag) neu

Alle Werte auf volle Euro auf oder abgerundet			
Kinder ab 3 Jahren	VÖ *	GT* Kurz	GT* Lang
Regelbeitrag 1 Kind-Familie	188,00 €	269,00 €	341,00 €
Rabattierung auf den Regelbeitrag 20 % bei Familieneinkommen unter 70.000,00 €	150,00 €	215,00 €	273,00 €
Ermäßigungsstufe I 80 % 2- Kind-Familie	150,00 €	215,00 €	273,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	120,00 €	172,00 €	218,00 €
Ermäßigungsstufe II 70 % 3- Kind-Familie	132,00 €	188,00 €	239,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	106,00 €	150,00 €	191,00 €
Ermäßigungsstufe III 60 % 4- und Mehrkind-Familie	112,00 €	161,00 €	205,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	90,00 €	129,00 €	164,00 €

Neu wurde zudem § 5 Absatz 2 aufgenommen (Besuchskinderregelung).

Die geplanten Änderungen gingen dem Gemeinderat mit den Sitzungsunterlagen zu.

Gemeinderat Uwe Müller meint, er tue sich schwer mit der Erhöhung. Die Mehrkosten seien hoch und er fragt, wieviel mehr Personal es gebe. Die Bürgermeisterin antwortet es fehle sogar noch Personal, daher könne z.B. derzeit keine Sprachförderung stattfinden. Eine vierte Gruppe bringe natürlich einige Kosten mit sich.

Gemeinderätin Dr. Arnold fragt nach der Kommunikation der Erhöhung im Vorfeld. Es gebe die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, sie fragt, ob dies dort schon angedeutet worden wäre, was die Bürgermeisterin verneint. Dr. Arnold betont, dass es wichtig sei, die Argumentation gut zu kommunizieren. So habe man beispielsweise während der Pandemie nicht erhöht und die Kosten seien auch für die Gemeinde deutlich gestiegen.

Gemeinderat Volkmann meint, die Arbeitsgruppe sei extra gegründet worden, um die Eltern bei derartigen Entscheidungen „mitzunehmen“. Auch er tue sich schwer mit der Erhöhung. Die Vorsitzende meint, die letzte Erhöhung sei auch nicht mit der Gruppe besprochen worden, diese sei eher für Themen rund um den Kindergartenneubau geschaffen worden. Volkmann erwidert, dass sie wegen Unmut über die Erhöhungen gegründet worden sei, um die Eltern mit ins Boot zu nehmen. Dass man diese nun ohne Absprache vor vollendete Tatsachen stelle sei nicht in Ordnung.

Gemeinderat Wallenwein meint, es sei um die Stufen gegangen, Gebühren seien in der Gruppe nicht diskutiert worden. Der Gemeinderat lege die Gebühren fest, hier müsse man die Arbeitsgruppe nicht fragen. Die Erhöhung sei moderat im Vergleich zur Kostensteigerung.

Der Gemeinderat diskutiert daraufhin ein Einbeziehen der Arbeitsgruppe kurz.

Gemeinderat Schuh meint, die Erhöhung sei alternativlos. Er fragt, ob der Elternbeirat in der Vergangenheit vor Erhöhungen informiert worden sei, was die Bürgermeisterin verneint.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Erhöhung der Kindergartengebühren wie vorgeschlagen.

§ 5 Absatz 2 (Besuchskinderregelung) wird in die Satzung aufgenommen.

Die Satzung tritt ab dem 1. September 2023 in Kraft.

- 10 Ja-Stimmen, eine Gegenstimme (Gemeinderat Volkmann), eine Enthaltung (Gemeinderat Uwe Müller) -

5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Schulkindbetreuung

Die Elternbeiträge für das Betreuungsangebot der Schulkindbetreuung wurden letztmals am 01. September 2022 festgesetzt.

Die dazugehörigen Betreuungszeiten wurden letztmalig im Jahr Schuljahr 2020 geändert, damals wurde von Kernzeit und Kernzeit- mit Nachmittagsbetreuung auf drei Zeiten umgestellt. Es hat sich nach drei Jahren nun gezeigt, dass diese Umstellung zu deutlich höheren Defiziten führte.

Die Kernzeitbetreuung findet von 7.00 Uhr bis 14.00 Uhr statt, und die Nachmittagsbetreuung montags bis donnerstags von 7.00 Uhr bis 16.30 Uhr sowie freitags von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

Analog zum Kindergarten sollen die Gebühren mit der Neufassung der Satzung künftig für 11 Monate erhoben werden, der Ferienmonat (August) ist dann ab dem kommenden Schuljahr gebührenfrei. Für viele Eltern ist nach dem Wechsel des Kindergartens in die Schule nicht nachvollziehbar, dass in der Kernzeit 12 Monatsbeiträge zu entrichten sind. Die Gebühren wurden analog zum Kindergarten für 11 Monate berechnet, was selbstverständlich auch zu erhöhten Monatsbeiträgen führt.

Die Betreuungszeiten sollen wieder auf Kernzeit und Kernzeit mit Nachmittagsbetreuung umgestellt werden. Aktuell gibt es Teilzeit (bis 7 Stunden), Mittelstufe (bis zu 20 Stunden) und Vollzeit.

In den Jahre 2016 bis 2019 lag der Kostendeckungsgrad bei folgenden Ergebnissen:

2016	2017	2018	2019
62 %	54 %	52 %	42 %

Laut Aufstellung der Kinderzahlen zeigt sich, dass es in den letzten Jahren einen Rückgang gibt. Ebenso sind die Kinder in Vollzeit deutlich zurückgegangen. Das Personal muss aber auch für die wenigen Kinder vorgehalten werden. Bei der Fortschreibung der Gebührenbedarfsberechnung zeigt sich deutlich ein Rückgang des Kostendeckungsgrades.

Kinderzahl:

2017 = Gesamt 63 = Vollzeit 38 Teilzeit 25

2018 = Gesamt 55 = Vollzeit 36 Teilzeit 19

2019 = Gesamt 51 = Vollzeit 39 Teilzeit 12

2020 = Gesamt 48 = Vollzeit 8 Mittelstufe 22 Teilzeit 18

2021 = Gesamt 35 = Vollzeit 4 Mittelstufe 16 Teilzeit 15

2022 = Gesamt 36 = Vollzeit 5 Mittelstufe 14 Teilzeit 17

2023 = Gesamt 41 = Vollzeit 4 Mittelstufe 25 Teilzeit 12

Die aktuelle Gebührenbedarfsberechnung der Jahre 2020 - 2023 stellt sich wie folgt dar:

	2023 Ansatz	2022 Vorl. Rechnungs- ergebnis	2021 Vorl. Rechnungs- ergebnis	2020 Rechnungs- ergebnis
Aufwendungen				
Personalkosten	163.900,00	156.193,00	142.978,00	162.570,00
Reinigung	5.000,00	5.533,00	3.679,00	4.778,00
Aus- und Fortbildung	2.000,00	517,00	0,00	311,00
Sonst. Spezielle Zweckausgaben	2.600,00	2.094,00	1.960,00	2.262,00
Kosten Mittagessen *	20.300,00	18.569,00	8.649,00	12.148,00
Inanspruchnahme Gde.Räume	26.200,00	21.892,00	20.448,00	22.746,00
<u>Erträge</u>				
Landeszuschuss	27.600,00	27.670,00	19.700,00	19.700,00
Anrechnungsfähiger Aufwand	172.100,00	158.559,00	149.365,00	172.967,00
Kinderzahl	41	36	35	48
Gebühreobergrenze / Kind / Monat	350,00	367,00	356,00	300,00
Kostendeckungsgrad	33,1 %	28,5 %	29,6 %	37,1 %

Tatsächliche Gebühreneinnahmen	gepl. 51.400 €	43.363 €	30.192 €	38.417 €
Defizit	120.700 €	115.196 €	119.173 €	134.550 €

*nur zur Information

Derzeitige Gebührensätze ab 01.09.2022 (jeweils Höchstbetrag über 70.000 €):

Monatliche Vollzeit	187,00 €
Teilzeitbetreuung bis zu 20 Std.	125,00 €
Teilzeitbetreuung bis zu 7 Std.	73,00 €

Anmerkung Kostendeckungsgrad:

Tatsächlich kann hier von einem niedrigeren Kostendeckungsgrad ausgegangen werden, da die Berechnung immer mit den Höchstbeträgen durchgeführt wurde (Sozialstaffelung wurde nicht berücksichtigt, s. auch tatsächliche Gebühreneinnahmen).

Außerdem sind die Beiträge 12 Monate durchgerechnet.

Die Verwaltung schlägt deshalb dem Gemeinderat vor, die Betreuungszeiten auf Kernzeit- und Kernzeit mit Nachmittagsbetreuung zu ändern. Keine Teilzeit und Mittelstufe mehr, sondern nur noch zwei Varianten.

Ebenso sollen die Einkommensstaffelungen analog zum Kindergarten geändert und angepasst werden. Die alte Satzung ist ebenso wie die Neufassung als Anlage beigefügt.

Die Einkommensstaffelungen sind enorm verwaltungsintensiv, deshalb wurden diese im Kindergarten bereits umgestellt.

Die Verwaltung hat die Betreuungszeiten auf die zwei Varianten hochgerechnet und angepasst, zusätzlich wird eine Erhöhung der Gebühren wie im Kindergarten um 8,5% vorgeschlagen.

Folgende Elternbeiträge Betreuungszeiten und Ermäßigungen werden ab dem neuen Schuljahr 2023/ 2024 in der Kirchwaldschule Gaiberg vorgeschlagen:

Alle Werte auf volle Euro auf oder abgerundet		
	Kernzeitbetreuung 7:00 – 14:00 Uhr	Kernzeitbetreuung und Nachmittagsbetreuung 7:00 – 16:30 Uhr freitags 7:00 – 15:00 Uhr
Regelbeitrag 1 Kind-Familie	147,00 €	220,00 €
Rabattierung auf den Regelbeitrag 20 % bei Familieneinkommen unter 70.000,00 €	118,00 €	176,00 €
Ermäßigungsstufe I 80 % 2- Kind-Familie Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	118,00 € 94,00 €	176,00 € 141,00 €
Ermäßigungsstufe II 70 % 3- Kind-Familie Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	103,00 € 82,00 €	154,00 € 123,00 €
Ermäßigungsstufe III 60 % 4- und Mehrkind-Familie Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	88,00 € 71,00 €	132,00 € 106,00 €

Wir haben die Gebühren auf die neuen Betreuungszeiten angepasst, ebenso analog der Empfehlung des Städte- und Gemeindetages eine Erhöhung von 8,5 % vorgenommen. Die Monatsbeträge wurden auf 11 Monate umgerechnet. Somit ist der Monat August beitragsfrei. Die außerschulische Betreuung ist keine Pflichtaufgabe einer Gemeinde, aber für die berufstätigen Eltern enorm wichtig. Wir schaffen es in künftigen Haushalten nicht mehr ein ausgeglichenes Ergebnis zu bekommen, bei Freiwilligkeitsleistungen müssen wir einen deutlich höheren Deckungsgrad als 33 % erreichen.

Die Elternbeiträge für die Ferienbetreuung werden ebenfalls angepasst und erhöhen sich für die 5-Tage-Woche von 75 € auf 80 €.

Die Neufassung der Satzung ging dem Gemeinderat mit den Sitzungsunterlagen zu. Die alte Satzung wird aufgehoben.

Gemeinderat Dr. Hennrich meint, er habe mit der Leiterin der Schulkindbetreuung gesprochen, diese sei von den geplanten Änderungen nicht begeistert. Viele Eltern würden nur an manchen Tagen arbeiten. Die Abschaffung der Mittelstufe bedeute eine Einschränkung in der Flexibilität der Eltern und schränke sie in der Möglichkeit die Kinder selbst zu betreuen ein. Bürgermeisterin Müller-Vogel meint, man könne die Kinder trotzdem selbst betreuen. Das Personal müsse vorgehalten werden, auch wenn kaum Kinder angemeldet seien. Man müsse auch bedenken, dass es große Defizite im Haushalt gebe.

Gemeinderätin Klingmann fragt, wie sich die niedrigeren Kinderzahlen ergeben und wie die Prognose für die nächsten Jahre sei. Die Bürgermeisterin meint, durch die Pandemie haben sich die Zahlen reduziert. Im nächsten Jahr gebe es wieder stärkere Klassen, man könne aber natürlich nicht sagen, ob damit auch mehr Kinder wieder in Vollzeit angemeldet würden.

Gemeinderat Schuh meint es seien 73 € Unterschied zwischen der Vormittags- und Vollzeitbetreuung. Dies sei sehr günstig, die Preise fair und man könne dies so machen.

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der Satzung über die Erhebung der Benutzungsgebühren für die Schulkindbetreuung ab dem 01. September 2023 zu. Die Satzung der Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung vom 1. Februar 2022 mit allen Änderungen tritt zum 31.08.2023 außer Kraft.

- 11 Ja-Stimmen, eine Gegenstimme (Gemeinderat Dr. Hennrich) -

6. Aufhebung der Satzung der Gemeinde Gaiberg über die Kindergartenordnung vom 22.07.2020

Bisher wurde die Kindergartenordnung als Satzung geführt. Der Gemeindetag empfiehlt die Kindergarten-/Benutzungsordnung privatrechtlich zu gestalten, um bei Änderungen flexibel agieren zu können.

Nach Rücksprache mit dem Kommunalrechtsamt Rhein-Neckar-Kreis ist eine privatrechtliche Regelung genauso möglich wie die Regelung über eine Satzung.

Die Gemeindeverwaltung empfiehlt daher, die Satzung über die Kindergartenordnung vom 22.07.2020 zum 31. August 2023 aufzuheben. Bis zum 01. September 2023 wird von der Verwaltung in Abstimmung mit der Kindergartenleitung eine (privatrechtliche) Kindergartenordnung erarbeitet, welche zum neuen Kindergartenjahr Gültigkeit erhält. Die Kindergartenordnung soll auf der Homepage veröffentlicht werden. Zusätzlich werden die Eltern über die Änderungen informiert.

Regelungsinhalt dieser Benutzungsordnung sind u.a.:

- An- & Abmeldung
- Eingewöhnung
- Öffnungszeiten
- Verhalten im Krankheitsfall
- Elternbeirat

Der Gemeinderat diskutiert eine mögliche Umwandlung der Satzung in eine privatrechtliche Benutzungsordnung eingehend. Mehrere Gemeinderäte*innen kritisieren, dass so Änderungen nicht mehr mit dem Gemeinderat abgestimmt werden müssten und dieser die Hoheit über die Regelungen aus der Hand gebe.

Die Bürgermeisterin schlägt daraufhin vor, es bei einer Satzung zu belassen und deren Neufassung im September dem Gremium vorzulegen.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Aufhebungssatzung entsprechend der Anlage.

- eine Ja-Stimme (Bürgermeisterin Müller-Vogel), vier Gegenstimmen (Gemeinderätin Klingmann, Gemeinderäte Dr. Hennrich, Schuh und Volkmann) sieben Enthaltungen -

7. Antrag des Kirchenbauvereins auf Aufnahme in das Vereins-Förderprogramm der Gemeinde Gaiberg

Mit E-Mail vom 10. Mai 2023 beantragt der 1. Vorsitzende des Ev. Kirchenbauvereins Gaiberg e.V. die Aufnahme in das Vereinsförderprogramm der Gemeinde. Den Antrag sowie die Begründung entnehmen Sie bitte der Anlage. Nach den Vereinsförderrichtlinien (Anlage) sind Fördervereine von der Bezuschussung ausgeschlossen. Ausnahmen sind nach den Richtlinien nicht möglich, daher müssten diese für eine Aufnahme von Fördervereinen zunächst geändert werden.

Mit der Begründung des Kirchenbauvereins sieht die Gemeindeverwaltung eine Ausnahme, insbesondere nur für diesen Verein, jedoch nicht gerechtfertigt. Auch die anderen Vereine beteiligen sich z.B. durch Teilnahme an Ferienprogramm, Weihnachtsmarkt oder eigenen Veranstaltungen am kulturellen Leben der Gemeinde. Teilweise (z.B. Ferienprogramm) ganz ohne die Absicht Einnahmen zu erzielen. Im Gegensatz dazu, dienen die vom Kirchenbauverein genannten Veranstaltungen ja gerade dazu Gelder für den Förderzweck des Vereins zu sammeln. Ziel des Vereins ist die Förderung kirchlicher Zwecke nach § 54 AO (siehe Satzung in der Anlage) und die Gewinnung von Mitteln dafür und gerade nicht die Förderung des Gemeinschaftslebens und Freizeitangebots. Dies ist jedoch Ziel der Vereinsförderung der Gemeinde. Dass durch die Veranstaltungen hier ein Freizeitangebot geschaffen wird ist zwar erfreulich, aber nicht Hauptzweck des Vereins.

Die Verwaltung steht dem Antrag daher kritisch gegenüber.

Gemeinderat Dr. Mühleisen fragt, ob die politischen Gruppierungen auch Förderung erhielten, was die Verwaltung verneint. Er meint weiterhin, der Ev. Kirchenchor bekomme Förderung, obwohl er kein Verein sei und bittet darum eine klare Regelung einzuhalten.

Dr. Mühleisen stellt klar, dass der Kirchenbauverein die Veranstaltungen auf Spendenbasis und nicht gegen Gebühr veranstalte. Er sei Mitglied und Kassier des Vereins, weshalb er sich bei der Beschlussfassung enthalten werde.

Die Vorsitzende stellt noch einmal klar, dass für eine Förderung des Kirchenbauvereins die Richtlinien geändert werden müssten.

Gemeinderat Dr. Hennrich spricht sich dafür aus, alle Vereine gleich zu behandeln. Im Grunde machten sie doch alle ähnliche Dinge und trügen zur Kultur bei.

Gemeinderat Uwe Müller sagt, man müsse hier sehr vorsichtig sein, auch die Finanzinstitute hätten hierauf ein Auge, da es keine Doppelförderung geben dürfe.

Gemeinderat Schuh meint, dass Fördervereine nicht gefördert würden sei ein schlagendes Argument. Da könne sich die Gemeinde bei anderen Fördervereinen gleich selbst das Geld geben. Bei Kirchenbauverein sei die Lage zwar etwas anders, aber es sei dennoch das gleiche Modell, weshalb er die Aufnahme in die Förderung kritisch sehe, so Schuh.

Gemeinderätin Klingmann meint, die Kirche sei auch Kulturgut und betont die Wichtigkeit einer Unterstützung.

Gemeinderat Dr. Mühleisen meint, es handle sich ja lediglich um einen Beitrag von 150 €. Er regt an ggf. eine andere Lösung, wie z.B. eine Unterstützung aus dem Weihnachtsmarkterlös, zu finden. Eventuell könne auch der Kirchenbauverein darüber nachdenken seine Satzung zu ändern.

Gemeinderat Volkmann meint, Gemeinderat Uwe Müller habe es gut erklärt und man könne dem Antrag rein rechtlich nicht stattgeben. Man könne aber überlegen, der Kirche aus anderen Quellen Geld zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeisterin Müller-Vogel meint, sie sehe es z.B. auch als Unterstützung, dem Verein Räume kostenlos zur Verfügung zu stellen. Einer weiteren Unterstützung auf anderem Wege stehe sie offen gegenüber.

Gemeinderat Dr. Mühleisen meint der Verein sei nicht untätig. So würden z.B. nur Vereinsmitglieder die Linde an der Kirche wässern. Die Vorsitzende ergänzt, dass die Kosten für die Untersuchungen der Linde von der Gemeinde getragen würden. Gemeinderätin Dr. Arnold meint, es scheint als entwickle sich der Verein weg von seinem Satzungszweck. Ggf. könne man einen Mittelweg finden um die Aktivitäten zu unterstützen, da dies über die Richtlinie nicht möglich sei.

Beschluss

Die Förderungsrichtlinien bleiben unverändert bestehen. Über eine Unterstützung des Vereins in anderer Weise erfolgt Beschlussfassung zu gegebener Zeit.

- 11 Ja-Stimmen, eine Enthaltung (Gemeinderat Dr. Mühleisen) -

8. Dachabdichtung Scheune Beauftragung

Bereits im letzten Jahr wurde für eine mögliche Dachabdichtung der Scheune an der Ortsmitte eine Firma angefragt. Die Firma Dellinger hatte damals eine etwas aufwendigere Sanierung vorgeschlagen, die Kosten betrugen mehr als 40.000 €. Im Nachgang hat sich der Dorfentwicklungsausschuss mit der Sanierung der Scheune befasst. In mehreren Sitzungen wurden die Möglichkeiten zur künftigen Nutzung der Scheune erörtert. Das Büro für Baukonstruktion aus Karlsruhe wurde mit der Bestands- und Schadensaufnahme beauftragt.

Um die Scheune vor weiteren Schäden zu schützen ist es dringend erforderlich, das Dach abzudichten. Deshalb wurde die Firma Dellinger um die Abgabe eines Angebotes gebeten.

Herr Halder hat das Angebot geprüft und eine schnellstmögliche Vergabe empfohlen, um weitere Schäden abzuwenden.

Die Dachsanierung wurde vorab bereits im Dorfentwicklungsausschuss besprochen, auch dieser empfiehlt dem Gemeinderat die Dachsanierung zu beauftragen.

Gemeinderätin Dr. Arnold fragt, ob man in diesem Zuge den Vorsprung am Dach bereits wegnehmen könne, da unklar sei wie stabil dieser ist. Die Vorsitzende verneint dies, da es zu aufwändig wäre.

Beschluss

Der Gemeinderat vergibt die Dachsanierung an die Firma Dellinger zum Angebotspreis von 4.201,41 €. Die Kosten werden als außerplanmäßig genehmigt.

- 10 Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen (Gemeinderäte Manfred und Uwe Müller) -

9. Endgültige Ernennung von Herrn Micha Dittrich zum Standesbeamten

Herr Micha Dittrich wurde in der Gemeinderatsitzung vom 24.05.2023 einstimmig zum befristeten Vollstandesbeamten, bis zum Abschluss des Grundseminares bei der Akademie für Personenstandswesen in Bad Salzschlirf bestellt.

Herr Micha Dittrich hat in der Zeit vom 03.07. – 14.07.2023 das zweiwöchige Grundlagenseminar an der Akademie für Personenstandswesen in Bad Salzschlirf

besucht und durch Abschlussprüfung mit Erfolg bestanden. Herr Micha Dittrich kann daher nun unbefristet zum Standesbeamten ernannt werden.

Gemeinderat Dr. Mühleisen fragt, wie viele Standesbeamte die Gemeinde derzeit habe. Die Vorsitzende meint, sie sei nur Eheschließungsstandesbeamtin. Vollstandesbeamtin sei noch Frau Edinger, die aber nur im Vertretungsfall einspringen könnte. Frau Hollecza werde den Lehrgang im September besuchen, dann habe die Gemeinde drei Vollstandesbeamte.

Beschluss

Herr Micha Dittrich wird ab sofort unbefristet zum Standesbeamten der Gemeinde Gaiberg bestellt.

- Einstimmig -

10. Annahme von Spenden

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt rückt Bürgermeisterin Müller-Vogel wegen Befangenheit vom Sitzungstisch ab und ihr 1. Stellvertreter Matthias Volkmann übernimmt die Sitzungsleitung.

Thomas Rondot	195,00 €	Geldspende	Stromkasten
Barbara und Steffen Schmitt	190,08 €	Geldspende	Stromkasten
Heike Philipp	190,08 €	Geldspende	Stromkasten
Bürgermeister John Ehret	300,00 €	Geldspende	Jugend- und Altenhilfe
Jürgen Neuer u. Elke Fischer	176,50 €	Geldspende	Stromkasten
Hans-Peter u. Anita Glasbrenner	100,00 €	Geldspende	Pumtrack
Georg u. Hildegard Merkle	291,28 €	Geldspende	Stromkasten
Evelyn Reichwald-Klugger	812,69 €	Geldspende	Stromkasten
Franz u. Susanne Schäfer	250,00 €	Geldspende	Stromkasten
Dr. Wolfgang Beneicke	106,00 €	Sachspende	Feuerwehreinsatz
Ute u. Manfred Russ	197,50 €	Geldspende	Stromkasten
Susan u. Christian Szyska	50,00 €	Geldspende	Pumtrack
Förderverein d. FFW e.V. Ralph Steffen	300,00 €	Geldspende	Stromkasten
Hr. Dr. Maximilian Haider	74,00 €	Sachspende	Spende Gemeindebücherei (Zeitschriften-Abo)
DRK Ortsverband Gaiberg Andrea Schuh	299,20 €	Geldspende	Stromkasten
PHASE8Consult GmbH	1.000,00 €	Geldspende	Pumtrack
Eheleute aus Gaiberg	135,44 €	Geldspende	Stromkasten
Petra Müller-Vogel	112,35 €	Geldspende	Stromkasten
Dr. Wolfgang Beneicke	800,00 €	Sachspende	Kindergarten
Anja Reeb	196,18 €	Geldspende	Stromkasten
Bianca Lenz	202,00 €	Geldspende	Stromkasten
Anneliese Koschan	225,41 €	Geldspende	Stromkasten
Spendenbox Pumtrack	228,69 €	Geldspende	Pumtrack
Summe aller Spenden (Spalte 2)			
*) Bei Sachspenden sollte der Geldwert geschätzt werden.			
**) Sofern vom Spender kein Verwendungszweck angegeben wurde, bitte die Verwendung durch die Gemeinde nennen.			
***) Es wird freigestellt, das entsprechende Sitzungsprotokoll des Gemeinderats / beschließenden Ausschusses beizufügen.			

Der Gemeinderat dankt den Spender*innen herzlich.

Beschluss

Der Gemeinderat nimmt die Spenden laut Spendenliste einstimmig an.

11. Bekanntgaben der Verwaltung

- Nachdem jetzt auch die letzte Rechnung zur Rathaussanierung einging, hat unser Architekt Herr Halder eine Kostenfeststellung für die Rathaussanierung gemacht. Demnach betragen die Gesamtkosten, brutto 2.722.215,51 €. In Bezug zur Kostenberechnung vom 24.06.2020 mit 2.810.000,00 € sind dies 96,9% bzw. eine erfreuliche Einsparung von 3,1% (in Summe 87.784,49 €). Dies trotz allgemeiner Baupreissteigerungen, Personalproblemen der Firmen und diverser Unvorhergesehenem.
- Die CDU Sitzbank wurde an den Kraichgaublick umgesetzt. Nach Rücksprache mit Herrn Volkmann wird diese im Herbst im Bauhof abgeschliffen und in Nachgang am Ende des Gewerbegebietes aufgestellt.

12. Fragen und Anträge der Gemeinderäte*innen

Gemeinderat Dr. Mühleisen bittet darum, die Hundekotstation an der Georgshütte zu versetzen. Diese befinde sich direkt neben der Sitzbank auf Kopfhöhe, was sehr unangenehm sei. Gemeinderätin Dr. Arnold ergänzt, dass es bei der Station in der Blumenstraße auch so sei.

Dr. Mühleisen bittet zudem darum, den Poller, welcher mitten auf der Heidelberger Straße stehe zu entfernen. Die Verwaltung erwidert, dass sich dort ein großes Schlagloch befinde und die Arbeiten noch nicht abgeschlossen seien. Der Poller müsse daher stehenbleiben. Man sei aber mit der Firma in Kontakt und die Arbeiten würden zeitnah ausgeführt.

Gemeinderat Schuh äußert sein Unverständnis darüber, dass die Umleitungsschilder wegen der Sperrung der Klingenteichstraße nach Heidelberg immer noch stehen würden, obwohl die Straße längst wieder freigegeben sei. Hauptamtsleiterin Werner will dies noch einmal an die Stadt Heidelberg weitergeben.

Gemeinderat Uwe Müller meint, er sei von Bürgern wegen eines in der Nähe der Ortsmitte geparkten Transporters angesprochen worden. Dieser stehe oft so, dass man den Gehweg nicht nutzen könne. Es sei sogar bereits ein Kind fast angefahren worden, weil es auf die Straße ausweichen musste. Er bittet darum darauf hinzuwirken, dass der Gehweg frei bleibe.

Gemeinderat Wallenwein fragt nach der Umsetzung der Renaturierung des Parkplatzes am Bärenbrunnen als Ausgleichsmaßnahme. Hauptamtsleiterin Werner sagt, die Maßnahme sei noch zur Prüfung beim Landratsamt, man dürfe sie daher leider noch nicht umsetzen.

Wallenwein fragt zudem, nach der Verkehrssituation an der Einmündung Reilsheimer Weg/Hölderlinstraße, welche bei der letzten Verkehrstagfahrt Thema gewesen sei. Die Hauptamtsleiterin antwortet, man habe leider das Protokoll mit der Einschätzung der Situation und ggf. weiteren Maßnahmen noch nicht bekommen.

Gemeinderätin Dr. Arnold fragt nach dem Bagger auf dem Festplatz und ob man dort wieder parken könne. Hauptamtsleiterin Werner antwortet, dass die Arbeiten in dieser Woche abgeschlossen würden. Eine kleine, abgesperrte Baustelleneinrichtung in der Nähe des Spielplatzes bleibe jedoch bestehen, da die Firma noch andere Arbeiten im Ort ausführe. Wo wieder frei sei dürfe dann aber auch wieder geparkt werden.

Dr. Arnold fragt weiterhin ob es Fortschritte mit der Deutschen Glasfaser gebe. Die Bürgermeisterin sagt, der Gesprächstermin sei leider abgesagt worden, da nicht alle konnten. Ein neuer Termin sei für September geplant.

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 20.36 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Nina Wesselky
Angestellte

Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Kindergarten

Aufgrund von §§ 4 und 10 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit den §§ 2, 11 und 13 des KAG für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Gemeinde Gaiberg am 26. Juli 2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Erhebungsgrundsätze

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung ihres Kindergartens eine Benutzungsgebühr.

§ 2 Gebührenpflichtiger

Gebührenpflichtig ist der Erziehungsberechtigte, dessen Kind in den Kindergarten aufgenommen ist. Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Betreuungsformen

Folgende Betreuungsformen werden angeboten:

Form	Mo-Do			Fr			Gesamt Stunden
	von	bis	Dauer	von	bis	Dauer	
VÖ*	07:30	14:00	06:30	07:30	14:00	06:30	32,5
GT* Kurz	07:00	15:00	08:00	07:00	15:00	08:00	40
GT* Lang	07:00	16:30	09:30	07:00	15:00	08:00	46

*VÖ Verlängerte Öffnungszeit

*GT Ganztagesbetreuung

Die gewünschte Betreuungsform muss jeweils für die Dauer eines Kindergartenhalbjahres (1. Halbjahr September-Dezember; 2. Halbjahr Januar-Juli) verbindlich und schriftlich erfolgen. Eine Änderung der Betreuungsform muss spätestens bis zum 15. Dezember bzw. Juli schriftlich im Rathaus erfolgen, damit diese ab dem nächsten Halbjahr wirksam werden kann.

§ 4 Essenangebot

Für Kinder die zur Ganztagesbetreuung angemeldet sind, ist die Teilnahme am Mittagessen obligatorisch.

Kinder mit Betreuung in Verlängerter Öffnungszeit können am Mittagessen teilnehmen. Eine tageweise Anmeldung zum Mittagessen ist nicht möglich. Die Anmeldung muss schriftlich bei der Gemeindeverwaltung erfolgen.

Eine Abmeldung des Mittagessens wegen Urlaub, Kur usw. kann jeweils bis zum 15. eines Monats schriftlich bei der Gemeindeverwaltung gemeldet werden, damit die Änderung ab dem Folgemonat wirksam wird. Die Kosten für das Mittagessen setzen

sich aus den Kosten des Caterers und einer Verwaltungsgebühr zusammen. Diese werden in dieser Satzung nicht als Gebühren aufgeführt, sie werden mit der Anmeldung zum Mittagessen angegeben.

§ 5 Benutzungsentgelt (Elternbeitrag)

(1) Folgende Benutzungsgebühren werden gestaffelt nach Familieneinkommen (Brutto) erhoben.

Alle Werte auf volle Euro auf oder abgerundet	VÖ *	GT* Kurz	GT* Lang
Kinder ab 3 Jahren			
Regelbeitrag 1 Kind-Familie	188,00 €	269,00 €	341,00 €
Rabattierung auf den Regelbeitrag 20 % bei Familieneinkommen unter 70.000,00 €	150,00 €	215,00 €	273,00 €
Ermäßigungsstufe I 80 % 2- Kind-Familie	150,00 €	215,00 €	273,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	120,00 €	172,00 €	218,00 €
Ermäßigungsstufe II 70 % 3- Kind-Familie	132,00 €	188,00 €	239,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	106,00 €	150,00 €	191,00 €
Ermäßigungsstufe III 60 % 4- und Mehrkind-Familie	112,00 €	161,00 €	205,00 €
Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	90,00 €	129,00 €	164,00 €

*VÖ Verlängerte Öffnungszeit

*GT Ganztagesbetreuung

(2) Besuchskinder können tageweise und für bis zu 10 Tagen Aufenthalt den Kindergarten besuchen. Besuchskinder können nur im Rahmen der verlängerten Öffnungszeiten angemeldet werden. Hierfür wird eine Gebühr in Höhe von 20,00 Euro je Tag erhoben.

Voraussetzung ist eine mind. 1wöchige vorherige Anmeldung und Absprache mit der Kindergartenleitung sowie eine ärztliche Bescheinigung. Sollte der Kindergarten in personeller und räumlicher Hinsicht nicht allen Bedürfnissen des Kindes gerecht werden, so ist eine Aufnahme für das Kind leider nicht möglich.

§ 6 Berechnung des Familieneinkommens

(1) Der einkommensabhängige Rabatt in Höhe von 20 % wird bei einem Familieneinkommen unter 70.000,00 € gewährt.

(2) Bei der Berechnung des anrechenbaren Familieneinkommens werden alle steuerpflichtigen und steuerfreien Einkommen der Erziehungsberechtigten sowie eventuelle Einkünfte des Kindes innerhalb eines Jahres berücksichtigt. Als Nachweis zur Ermäßigung ist jährlich, immer zu Beginn des Betreuungsjahres (01.09.), der **Steuerbescheid des Vorjahres** vorzulegen. Bei Alleinerziehenden ist auf Nachweis als Familieneinkommen nur das Einkommen des Erziehungsberechtigten anrechenbar, bei dem das/die Kind/er gemeldet ist/sind.

(3) Falls das Brutto Familieneinkommen unter 70.000,00 € liegt, sind die Einkommensverhältnisse innerhalb eines Monats nach Aufnahme des Kindes glaubhaft darzulegen.

(4) In sozialen Härtefällen kann auf begründeten Antrag eine Reduzierung bzw. auch eine Befreiung von den Kindergartengebühren ermöglicht werden. Hierrüber entscheidet der Gemeinderat.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit der Gebühren

(1) Die Gebührenschuld entsteht zum 1. eines jeden Monats und wird am 5. des jeweiligen Monats fällig.

(2) Die Kindergartengebühr ist von Beginn des Monats zu entrichten, in welchem das Kind in den Kindergarten aufgenommen wird.

(3) Bei Abmeldung eines Kindes ist die Gebühr bis zum Ende des Folgemonats zu entrichten, in welchem das Kind abgemeldet wird.

(4) Der Ferienmonat (August) ist gebührenfrei als Ausgleich für die anfallenden Ferienwochen und Feiertage.

(5) Sollte die Betreuungsgebühr in zwei aufeinander folgenden Monaten nicht fristgerecht beglichen werden, kann dies zum Ausschluss führen.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Gebührensatzung tritt am 01. September 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 15. Dezember 2022 sowie die Änderungssatzungen vom 02. August 2022 und 19. September 2022 außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Gaiberg, den 28. Juli 2023

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Satzung der Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung

Aufgrund von § 4 und 10 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit den §§ 2, 11 und 13 des KAG für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Gemeinde Gaiberg am 15. Dezember 2021 folgende Satzung der Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung beschlossen:

§ 1 Aufgabe der Einrichtung

- (1) Die Schulkindbetreuung (ein kombiniertes Angebot aus Kernzeitbetreuung und Flexibler Nachmittagsbetreuung) und Ferienbetreuung ist eine öffentliche Einrichtung der Gemeinde Gaiberg.
- (2) Die Schulkindbetreuung richtet sich hauptsächlich an berufstätige Eltern und Alleinerziehende. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll somit gewährleistet werden. Die Anwesenheit der Kinder in der Einrichtung soll sich im Wesentlichen auf die Zeit beschränken, in der die Eltern wegen ihrer Berufstätigkeit nicht selbst die Betreuung ihres Kindes übernehmen können.

§ 2 Aufnahme

- (1) In die Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung werden Kinder im Grundschulalter der Klassen 1 – 4 betreut.
- (2) Es besteht kein gesetzlicher Anspruch auf die Aufnahme in die Einrichtung.
- (3) Die Kinder sind bei der Gemeindeverwaltung mit dem dort erhältlichen Anmeldeformular anzumelden. Die Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt. Anmeldungen von Alleinerziehenden oder Familien in Notsituationen werden bevorzugt behandelt.
- (4) Es können nur Kinder aufgenommen werden, deren Unterlagen vollständig vorliegen.
- (5) Kinder mit ansteckenden Krankheiten (z.B. Magen-Darm-Erkrankungen) dürfen die Schulkindbetreuung/Flexible Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung nicht besuchen.

§ 3 Nutzungsberechtigung

- (1) Nutzungsberechtigt ist jedes Kind, das wohnhaft in Gaiberg ist und die Kirchwaldschule besucht.
- (2) Bei Unterbelegung können auch Grundschulkinder, die entweder in Gaiberg wohnen, aber eine Schule außerhalb Gaiberg besuchen oder Kinder, die die Kirchwaldschule besuchen, aber nicht wohnhaft in Gaiberg sind, aufgenommen werden.
- (3) Bei Überbelegung werden die Kinder auf eine Warteliste gesetzt und können nachrücken, sobald ein Platz frei wird.
- (4) Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf/besonderen Bedürfnissen können aufgenommen werden, sofern sie mit der offenen Struktur der Einrichtung zurechtkommen. In einer 4-wöchigen Probezeit beurteilen die Betreuerinnen die Situation und treffen eine abschließende Entscheidung.

§ 4 Kündigung

- (1) Bei Abmeldung eines Kindes ist die Gebühr bis zum Ende des Folgemonats zu entrichten, in welchem das Kind abgemeldet wird.
- (2) Der Platz muss zum Schuljahresende gekündigt werden, falls er im neuen Schuljahr nicht mehr belegt werden soll. In diesem Fall muss der Gemeindeverwaltung die schriftliche Kündigung bis zum 31.05. vorliegen.
- (3) Soll der Besuch nahtlos fortgeführt werden, ist keine Neuanschuldung für das nächste Schuljahr notwendig, sondern die Daten werden von der Verwaltung übernommen.

(4) Die Kündigung entfällt bei Schülern, die die 4. Klasse besuchen und nach den Ferien eine weiterführende Schule besuchen. Sie werden zum 31.07. abgemeldet. Für diese Schüler ist der Monat August gebührenfrei.

§ 5 Besuch der Einrichtung – Öffnungszeiten

(1) Das Schuljahr beginnt immer nach den Sommerferien im September und endet mit Beginn der Sommerferien im Juli jeden Jahres (gemäß Ferienplan Baden-Württemberg).

(2) Die Schüler werden von 7.00 Uhr bis 8.30 Uhr sowie von 12.05 Uhr bis 14.00 Uhr (Kernzeitbetreuung) bzw. von Montag bis Donnerstag von 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr und Freitag von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr (Flexible Nachmittagsbetreuung) betreut.

(3) Der Besuch der Einrichtung regelt sich nach der vereinbarten, schriftlich festgelegten Betreuungszeit (Vollzeit, Mittelstufe oder Teilzeit). Diese kann monatlich geändert werden und muss schriftlich der Gemeindeverwaltung, sowie der Leiterin der Schulkindbetreuung bis spätestens 15. eines Monats für den Folgemonat mitgeteilt werden.

(4) Die Kinder sind pünktlich abzuholen, sofern nicht schriftlich vereinbart wurde, dass diese bereits alleine nach Hause gehen dürfen.

§ 6 Gebührenpflichtiger

Gebührenpflichtig ist der Erziehungsberechtigte, dessen Kind in die Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung aufgenommen ist. Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Erhebungsgrundsätze

Die Gemeinde Gaiberg erhebt für die Benutzung der Schulkindbetreuung und für die Ferienbetreuung eine Benutzungsgebühr. Die Gebühr wird je Kind und Betreuungsplatz erhoben.

§ 8 Gebührensätze der Schulkindbetreuung

(1) Folgende Benutzungsgebühren werden gestaffelt nach Familieneinkommen (Brutto) erhoben.

	Betreuungszeit Teilzeit	Betreuungszeit Mittelstufe	Betreuungszeit Vollzeit
	Bis zu 7 Std./Woche	Bis zu 20 Std./Woche	Bis zu 28 Std./Woche
0 – 30.000 €	26,00 € mtl.	52,00 € mtl.	73,00 € mtl.
30.001 – 40.000 €	31,00 € mtl.	57,00 € mtl.	88,00 € mtl.
40.001 – 50.000 €	36,00 € mtl.	68,00 € mtl.	104,00 € mtl.
50.001 – 60.000 €	47,00 € mtl.	83,00 € mtl.	125,00 € mtl.
60.001 – 70.000 €	57,00 € mtl.	104,00 € mtl.	154,00 € mtl.
über 70.000 €	73,00 € mtl.	125,00 € mtl.	187,00 € mtl.

(2) Der Ferienmonat August ist gebührenpflichtig. Ausnahme hierbei sind die 4. Klässler gemäß § 4 (4).

(3) Für den Monat September werden gem. Abs. (1) die hälftigen Gebühren (Betreuungsgebühren und Gebühren für das Mittagessen) berechnet.

(4) Bei der Teilnahme mehrerer Kinder einer Familie an der Schulkindbetreuung wird die Gebühr für jedes weitere Kind, das die Schulkindbetreuung besucht, um 1/2 des Betrages gem.

Nr. Abs. (1) Nr. 1 verringert. Dies gilt nur bei der kompletten zeitlichen Inanspruchnahme des Angebots (Vollzeitgebühr).

§ 9 Ferienbetreuung und Sonderöffnungstage

(1) Die Gemeinde bietet für mindestens 7 Wochen im Jahr eine Betreuung während der Ferien an. Der aktuelle Ferienplan wird den Eltern spätestens zu Beginn eines neuen Schuljahres ausgehändigt.

(2) Die Anmeldung für die Ferienbetreuung und der Sonderöffnungstage ist verbindlich und muss fristgerecht bei der Gemeindeverwaltung eingegangen sein. Das entsprechende Formular ist auf der Gemeindeverwaltung erhältlich. Die Meldefristen sind dem Ferienplan zu entnehmen und einzuhalten. Es ist nur eine wöchentliche Anmeldung vorgesehen. Kinder, die länger als bis 14.00 Uhr bleiben, gilt entsprechend der § 10.

(3) Bei einer wöchentlichen Betreuungszeit in der Ferienbetreuung werden Gebühren in Höhe von 75,00 € pro Woche erhoben.

Für Sonderöffnungstage (z.B. Brückentage) ist eine Gebühr in Höhe von 15,00 €/Tag zu entrichten.

(4) Die Kinder werden in der Zeit von Montag bis Donnerstag von 7.00 Uhr bis 16.30 Uhr betreut, sowie am Freitag von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

(5) An der Ferienbetreuung können auch Kinder teilnehmen, die regulär nicht die Schulkindbetreuung besuchen. Diese sind im Vorfeld dem Personal vorzustellen.

(6) Damit die Ferienbetreuung zu Stande kommt, müssen mindestens 4 Kinder angemeldet sein.

(7) Schüler, die im September in die weiterführende Schule wechseln, können die Ferienbetreuung bis zum Schulbeginn im September besuchen

§ 10 Essenangebot

(1) Für Kinder, die länger als 14.00 Uhr betreut werden, ist die Teilnahme am Mittagessen obligatorisch. Die schriftliche Anmeldung hierfür nimmt die Gemeindeverwaltung entgegen.

(2) Das Mittagessen wird Montag bis Freitag (Schulkindbetreuung) und in der Ferienbetreuung Montag bis Donnerstag angeboten.

(3) Die Gebühr für das Mittagessen wird monatlich abgebucht. Drei Monate im Schuljahr sind gebührenfrei, als Ausgleich für die anfallenden Ferienwochen.

(4) Die Anmeldung, Abmeldung oder Änderung der Tage, an denen das Kind am Mittagessen teilnehmen soll, muss jeweils bis zum 15. eines Monats schriftlich bei der Gemeindeverwaltung gemeldet werden, damit die Änderung ab dem Folgemonat wirksam wird. Eine einmal vorgenommene Anmeldung, Abmeldung oder Änderung gilt solange unverändert, bis eine erneute Anmeldung, Abmeldung oder Änderung erfolgt.

(5) Die Kosten für das Mittagessen belaufen sich auf 4,36 € €/Tag. Bei täglicher Inanspruchnahme belaufen sich die Kosten für das Mittagessen auf 87,20 €/Monat.

(6) Das Mittagessen ist auch dann zu zahlen, wenn das Kind entgegen einer erfolgten Anmeldung nicht am Mittagessen teilnimmt.

§ 11 Berechnung des Familieneinkommens

(1) Bei der Berechnung des anrechenbaren Familieneinkommens werden alle steuerpflichtigen und steuerfreien Einkommen der Erziehungsberechtigten, sowie eventuelle Einkünfte des Kindes, innerhalb eines Jahres berücksichtigt. Als Nachweis zur Ermäßigung ist jährlich, immer zu Beginn des Betreuungsjahres (01.09.), der Steuerbescheid des Vorjahres vorzulegen.

(2) Die Einkommensverhältnisse sind innerhalb eines Monats nach Aufnahme des Kindes glaubhaft darzulegen. Bei verspäteter Vorlage kommt für die zurückliegende Zeit die Vollzeitgebühr nach § 3 (1) zur Anwendung (jeweils Höchstbetrag in der Vollzeitbetreuung, in der Mittelstufe oder in der Teilzeitbetreuung).

§ 12 Entstehung und Fälligkeit der Gebühren

(1) Die monatlichen Gebühren werden mit der schriftlichen Anmeldung des Kindes zur Schulkindbetreuung durch Bescheid festgesetzt. Für die Ferienbetreuung erfolgt die Festsetzung der wöchentlichen Gebühr per Bescheid ebenfalls mit schriftlicher Anmeldung des Kindes. Die Festsetzung gilt so lange weiter, bis ein neuer Bescheid oder Änderungsbescheid ergeht.

(2) Die Gebührenschuld für die Schulkindbetreuung entsteht mit dem ersten Kalendertag des Benutzungsmonats und endet mit Ablauf des letzten Kalendertages des Benutzungsmonats. Die Gebühren sind bis zum 5. jeden Monats zu entrichten, gleichgültig ob im Erhebungszeitraum (Kalendermonat) das Angebot tatsächlich in Anspruch genommen wird.

(3) Die Gebührenschuld für die Ferienbetreuung entsteht mit dem ersten Kalendertag der Betreuungswoche und endet mit Ablauf des letzten Kalendertages der Betreuungswoche. Der Beitrag für die Ferienbetreuung muss fristgerecht bis zum Beginn der Ferienbetreuung beglichen sein, damit eine Teilnahme des Kindes an der Ferienbetreuung möglich ist.

(4) Sollten die Betreuungsgebühren für die Schulkindbetreuung in zwei aufeinander folgenden Monaten nicht fristgerecht beglichen werden, kann dies zum Ausschluss aus der Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung führen.

§ 13 Versicherung, Haftung

(1) Die Schüler sind gegen Unfall versichert. Unfälle, die eine ärztliche Behandlung nach sich ziehen, sind umgehend der Einrichtung und der Gemeinde zu melden.

(2) Für vom Träger der Einrichtung oder von Mitarbeiterinnen weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verursachten Verlust, Beschädigung oder Verwechslung der Garderobe und der Ausstattung der Kinder wird keine Haftung übernommen. Dies gilt ebenso für mitgebrachte Spielsachen, Fahrräder und andere persönliche Gegenstände (z.B. Brillen, Schmuckstücke). Es wird empfohlen, die Sachen mit dem Namen des Kindes zu versehen.

(3) Für Schäden, die ein Kind einem Dritten zufügt, haften unter Umständen die Erziehungsberechtigten. Es wird deshalb empfohlen, eine private Haftpflichtversicherung abzuschließen.

§ 14 Aufsicht

(1) Während der Betreuungszeiten sind die Betreuerinnen für die anwesenden Schüler ihrer Gruppen verantwortlich.

(2) Die Aufsichtspflicht beginnt mit der Übernahme der Schüler durch die Betreuungskräfte in der Einrichtung und endet nach Entlassung der Schüler an der Türe der Einrichtung, spätestens zu den festgelegten Schließzeiten.

(3) Haben die Erziehungsberechtigten erklärt, dass Ihr Kind allein nach Hause gehen darf, endet die Aufsichtspflicht beim Verlassen der Einrichtung. Die Erziehungsberechtigten entscheiden durch eine schriftliche Erklärung, ob das Kind alleine nach Hause gehen darf bzw. wer das Kind aus der Einrichtung abholen darf.

(4) Schüler, die nicht abgeholt werden, werden zu den bei der Anmeldung festgelegten Zeiten entlassen. Eine weitere Aufsichtspflicht des Betreuungspersonals besteht nicht.

§ 15 Ausschluss

(1) Ein fristloser ein-/mehrtägiger oder gänzlicher Ausschluss aus der Einrichtung kann erfolgen, wenn

- ein Kind sich selbst oder andere Schüler gefährdet
- ein Kind den Anweisungen des Betreuungspersonals wiederholt nicht Folge leistet
- ein Kind das Betreuungspersonal mehrfach respektlos behandelt
- ein Kind vorsätzlich Inventar der Einrichtung oder Eigentum anderer zerstört

(2) Vor dem Ausschluss sind die Erziehungsberechtigten anzuhören bzw. findet ein Elterngespräch statt. Sollten die Erziehungsberechtigten ihr Recht zur Anhörung nicht wahrnehmen, wird gemäß Sachverhalt ohne Anhörung entschieden.

§ 16 Mitwirkungspflicht

(1) Die Eltern haben die Pflicht, sich anhand der eingehenden Elternbriefe über aktuelle Termine und Geschehnisse, zu informieren. Ebenso sind Sie verpflichtet, an Gesprächsterminen teilzunehmen.

(2) Die Erziehungsberechtigten verpflichten sich, Änderungen in der Personensorge, sowie Änderungen der Anschrift, der privaten und geschäftlichen Telefonnummern der Einrichtung unverzüglich mitzuteilen, um bei Notfällen erreichbar zu sein.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Februar 2022 in Kraft. Gleichzeitig treten die Änderungssatzungen der Schulkindbetreuung/Flexiblen Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung vom 01. März 2019, 01. September 2019 sowie die Änderungssatzung vom 01. Februar 2018 außer Kraft.

Gaiberg, den 15.12.2021

Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde schriftlich geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Satzung der Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung

Aufgrund von § 4 und 10 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit den §§ 2, 11 und 13 des KAG für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Gemeinde Gaiberg am 26. Juli 2023 folgende Satzung der Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung beschlossen:

§ 1 Aufgabe der Einrichtung

- (1) Die Schulkindbetreuung (ein kombiniertes Angebot aus Kernzeitbetreuung und Flexibler Nachmittagsbetreuung) und Ferienbetreuung ist eine öffentliche Einrichtung der Gemeinde Gaiberg.
- (2) Die Schulkindbetreuung richtet sich hauptsächlich an berufstätige Eltern und Alleinerziehende. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll somit gewährleistet werden. Die Anwesenheit der Kinder in der Einrichtung soll sich im Wesentlichen auf die Zeit beschränken, in der die Eltern wegen ihrer Berufstätigkeit nicht selbst die Betreuung ihres Kindes übernehmen können.

§ 2 Aufnahme

- (1) In die Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung werden Kinder im Grundschulalter der Klassen 1 – 4 betreut.
- (2) Es besteht kein gesetzlicher Anspruch auf die Aufnahme in die Einrichtung.
- (3) Die Kinder sind bei der Gemeindeverwaltung mit dem dort erhältlichen Anmeldeformular anzumelden. Die Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt. Anmeldungen von Alleinerziehenden oder Familien in Notsituationen werden bevorzugt behandelt.
- (4) Es können nur Kinder aufgenommen werden, deren Unterlagen vollständig vorliegen.
- (5) Kinder mit ansteckenden Krankheiten (z.B. Magen-Darm-Erkrankungen) dürfen die Schulkindbetreuung/Flexible Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung nicht besuchen.

§ 3 Nutzungsberechtigung

- (1) Nutzungsberechtigt ist jedes Kind, das wohnhaft in Gaiberg ist und die Kirchwaldschule besucht.
- (2) Bei Unterbelegung können auch Grundschulkinder, die entweder in Gaiberg wohnen, aber eine Schule außerhalb Gaiberg besuchen oder Kinder, die die Kirchwaldschule besuchen, aber nicht wohnhaft in Gaiberg sind, aufgenommen werden.
- (3) Bei Überbelegung werden die Kinder auf eine Warteliste gesetzt und können nachrücken, sobald ein Platz frei wird.
- (4) Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf/besonderen Bedürfnissen können aufgenommen werden, sofern sie mit der offenen Struktur der Einrichtung zurechtkommen. In einer 4-wöchigen Probezeit beurteilen die Betreuerinnen die Situation und treffen eine abschließende Entscheidung.

§ 4 Kündigung

- (1) Bei Abmeldung eines Kindes ist die Gebühr bis zum Ende des Folgemonats zu entrichten, in welchem das Kind abgemeldet wird.
- (2) Der Platz muss zum Schuljahresende gekündigt werden, falls er im neuen Schuljahr nicht mehr belegt werden soll. In diesem Fall muss der Gemeindeverwaltung die schriftliche Kündigung bis zum 31.05. vorliegen.
- (3) Soll der Besuch nahtlos fortgeführt werden, ist keine Neuanschuldung für das nächste Schuljahr notwendig, sondern die Daten werden von der Verwaltung übernommen.
- (4) Die Kündigung entfällt bei Schülern, die die 4. Klasse besuchen und nach den Ferien eine weiterführende Schule besuchen. Sie werden zum 31.07. abgemeldet.

§ 5 Besuch der Einrichtung – Öffnungszeiten

(1) Das Schuljahr beginnt immer nach den Sommerferien im September und endet mit Beginn der Sommerferien im Juli jeden Jahres (gemäß Ferienplan Baden-Württemberg).

(2) Die Schüler werden von 7.00 Uhr bis 14.00 Uhr (Kernzeitbetreuung) und von Montag bis Donnerstag von 7.00 Uhr bis 16.30 Uhr und Freitag von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr (Nachmittagsbetreuung) betreut.

(3) Der Besuch der Einrichtung regelt sich nach der vereinbarten, schriftlich festgelegten Betreuungszeit (Kernzeitbetreuung und Nachmittagsbetreuung). Diese kann monatlich geändert werden und muss schriftlich der Gemeindeverwaltung, sowie der Leiterin der Schulkindbetreuung bis spätestens 15. eines Monats für den Folgemonat mitgeteilt werden.

(4) Die Kinder sind pünktlich abzuholen, sofern nicht schriftlich vereinbart wurde, dass diese bereits alleine nach Hause gehen dürfen.

§ 6 Gebührenpflichtiger

Gebührenpflichtig ist der Erziehungsberechtigte, dessen Kind in die Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung aufgenommen ist. Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Erhebungsgrundsätze

Die Gemeinde Gaiberg erhebt für die Benutzung der Schulkindbetreuung und für die Ferienbetreuung eine Benutzungsgebühr. Die Gebühr wird je Kind und Betreuungsplatz erhoben.

§ 8 Gebührensätze der Schulkindbetreuung

(1) Folgende Benutzungsgebühren werden gestaffelt nach Familieneinkommen (Brutto) erhoben.

Alle Werte auf volle Euro auf oder abgerundet		
	Kernzeitbetreuung 7:00 – 14:00 Uhr	Kernzeitbetreuung und Nachmittagsbetreuung 7:00 – 16:30 Uhr freitags 7:00 – 15:00 Uhr
Regelbeitrag 1 Kind-Familie	147,00 €	220,00 €
Rabattierung auf den Regelbeitrag 20 % bei Familieneinkommen unter 70.000,00 €	118,00 €	176,00 €
Ermäßigungsstufe I 80 % 2- Kind-Familie Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	118,00 € 94,00 €	176,00 € 141,00 €
Ermäßigungsstufe II 70 % 3- Kind-Familie Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	103,00 € 82,00 €	154,00 € 123,00 €
Ermäßigungsstufe III 60 % 4- und Mehrkind-Familie Einkommensabhängiger Rabatt 20 %	88,00 € 71,00 €	132,00 € 106,00 €

(2) Der Ferienmonat (August) ist gebührenfrei

§ 9 Ferienbetreuung und Sonderöffnungstage

(1) Die Gemeinde bietet für mindestens 7 Wochen im Jahr eine Betreuung während der Ferien an. Der aktuelle Ferienplan wird den Eltern spätestens zu Beginn eines neuen Schuljahres ausgehändigt.

(2) Die Anmeldung für die Ferienbetreuung und der Sonderöffnungstage ist verbindlich und muss fristgerecht bei der Gemeindeverwaltung eingegangen sein. Das entsprechende Formular ist auf der Gemeindeverwaltung erhältlich. Die Meldefristen sind dem Ferienplan zu entnehmen und einzuhalten. Es ist nur eine wöchentliche Anmeldung vorgesehen. Kinder, die länger als bis 14.00 Uhr bleiben, gilt entsprechend der § 10.

(3) Bei einer wöchentlichen Betreuungszeit in der Ferienbetreuung werden Gebühren in Höhe von 80,00 € pro Woche erhoben.

Für Sonderöffnungstage (z.B. Brückentage) ist eine Gebühr in Höhe von 16,00 €/Tag zu entrichten.

(4) Die Kinder werden in der Zeit von Montag bis Donnerstag von 7.00 Uhr bis 16.30 Uhr betreut, sowie am Freitag von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

(5) An der Ferienbetreuung können auch Kinder teilnehmen, die regulär nicht die Schulkindbetreuung besuchen. Diese sind im Vorfeld dem Personal vorzustellen.

(6) Damit die Ferienbetreuung zu Stande kommt, müssen mindestens 4 Kinder angemeldet sein.

(7) Schüler, die im September in die weiterführende Schule wechseln, können die Ferienbetreuung bis zum Schulbeginn im September besuchen

§ 10 Essenangebot

(1) Für Kinder, die länger als 14.00 Uhr betreut werden, ist die Teilnahme am Mittagessen obligatorisch. Die schriftliche Anmeldung hierfür nimmt die Gemeindeverwaltung entgegen.

(2) Das Mittagessen wird Montag bis Freitag (Schulkindbetreuung) und in der Ferienbetreuung Montag bis Donnerstag angeboten.

(3) Die Gebühr für das Mittagessen wird monatlich abgebucht. Drei Monate im Schuljahr sind gebührenfrei, als Ausgleich für die anfallenden Ferienwochen.

(4) Die Anmeldung, Abmeldung oder Änderung der Tage, an denen das Kind am Mittagessen teilnehmen soll, muss jeweils bis zum 15. eines Monats schriftlich bei der Gemeindeverwaltung gemeldet werden, damit die Änderung ab dem Folgemonat wirksam wird. Eine einmal vorgenommene Anmeldung, Abmeldung oder Änderung gilt solange unverändert, bis eine erneute Anmeldung, Abmeldung oder Änderung erfolgt.

(5) Die Kosten für das Mittagessen setzen sich aus den Kosten des Caterers und einer Verwaltungsgebühr zusammen. Diese werden in dieser Satzung nicht als Gebühren aufgeführt, sie werden mit der Anmeldung zum Mittagessen angegeben.

~~Die Kosten für das Mittagessen belaufen sich auf 4,36 €/Tag. Bei täglicher Inanspruchnahme belaufen sich die Kosten für das Mittagessen auf 87,20 €/Monat.~~

(6) Das Mittagessen ist auch dann zu zahlen, wenn das Kind entgegen einer erfolgten Anmeldung nicht am Mittagessen teilnimmt.

§ 11 Berechnung des Familieneinkommens

(1) Der einkommensabhängige Rabatt in Höhe von 20 % wird bei einem Familieneinkommen unter 70.000,00 € gewährt.

(2) Bei der Berechnung des anrechenbaren Familieneinkommens werden alle steuerpflichtigen und steuerfreien Einkommen der Erziehungsberechtigten sowie eventuelle Einkünfte des Kindes innerhalb eines Jahres berücksichtigt. Als Nachweis zur Ermäßigung ist jährlich, immer zu Beginn des Schuljahres der **Steuerbescheid des Vorjahres** vorzulegen. Bei Alleinerziehenden ist auf Nachweis als Familieneinkommen nur das Einkommen des Erziehungsberechtigten anrechenbar, bei dem das/die Kind/er gemeldet ist/sind.

(3) Falls das Brutto Familieneinkommen unter 70.000,00 € liegt, sind die Einkommensverhältnisse innerhalb eines Monats nach Aufnahme des Kindes glaubhaft darzulegen.

(4) In sozialen Härtefällen kann auf begründeten Antrag eine Reduzierung bzw. auch eine Befreiung von den Kernzeitgebühren ermöglicht werden. Hierrüber entscheidet der Gemeinderat.

§ 12 Entstehung und Fälligkeit der Gebühren

(1) Die monatlichen Gebühren werden mit der schriftlichen Anmeldung des Kindes zur Schulkindbetreuung durch Bescheid festgesetzt. Für die Ferienbetreuung erfolgt die Festsetzung der wöchentlichen Gebühr per Bescheid ebenfalls mit schriftlicher Anmeldung des Kindes. Die Festsetzung gilt so lange weiter, bis ein neuer Bescheid oder Änderungsbescheid ergeht.

(2) Die Gebührenschuld für die Schulkindbetreuung entsteht mit dem ersten Kalendertag des Benutzungsmonats und endet mit Ablauf des letzten Kalendertages des Benutzungsmonats. Die Gebühren sind bis zum 5. jeden Monats zu entrichten, gleichgültig ob im Erhebungszeitraum (Kalendermonat) das Angebot tatsächlich in Anspruch genommen wird.

(3) Die Gebührenschuld für die Ferienbetreuung entsteht mit dem ersten Kalendertag der Betreuungswoche und endet mit Ablauf des letzten Kalendertages der Betreuungswoche. Der Beitrag für die Ferienbetreuung muss fristgerecht bis zum Beginn der Ferienbetreuung beglichen sein, damit eine Teilnahme des Kindes an der Ferienbetreuung möglich ist.

(4) Sollten die Betreuungsgebühren für die Schulkindbetreuung in zwei aufeinander folgenden Monaten nicht fristgerecht beglichen werden, kann dies zum Ausschluss aus der Schulkindbetreuung und Ferienbetreuung führen.

§ 13 Versicherung, Haftung

(1) Die Schüler sind gegen Unfall versichert. Unfälle, die eine ärztliche Behandlung nach sich ziehen, sind umgehend der Einrichtung und der Gemeinde zu melden.

(2) Für vom Träger der Einrichtung oder von Mitarbeiterinnen weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verursachten Verlust, Beschädigung oder Verwechslung der Garderobe und der Ausstattung der Kinder wird keine Haftung übernommen. Dies gilt ebenso für mitgebrachte Spielsachen, Fahrräder und andere persönliche Gegenstände (z.B. Brillen, Schmuckstücke). Es wird empfohlen, die Sachen mit dem Namen des Kindes zu versehen.

(3) Für Schäden, die ein Kind einem Dritten zufügt, haften unter Umständen die Erziehungsberechtigten. Es wird deshalb empfohlen, eine private Haftpflichtversicherung abzuschließen.

§ 14 Aufsicht

(1) Während der Betreuungszeiten sind die Betreuerinnen für die anwesenden Schüler ihrer Gruppen verantwortlich.

(2) Die Aufsichtspflicht beginnt mit der Übernahme der Schüler durch die Betreuungskräfte in der Einrichtung und endet nach Entlassung der Schüler an der Türe der Einrichtung, spätestens zu den festgelegten Schließzeiten.

(3) Haben die Erziehungsberechtigten erklärt, dass Ihr Kind allein nach Hause gehen darf, endet die Aufsichtspflicht beim Verlassen der Einrichtung. Die Erziehungsberechtigten entscheiden durch eine schriftliche Erklärung, ob das Kind alleine nach Hause gehen darf bzw. wer das Kind aus der Einrichtung abholen darf.

(4) Schüler, die nicht abgeholt werden, werden zu den bei der Anmeldung festgelegten Zeiten entlassen. Eine weitere Aufsichtspflicht des Betreuungspersonals besteht nicht.

§ 15 Ausschluss

(1) Ein fristloser ein-/mehrtägiger oder gänzlicher Ausschluss aus der Einrichtung kann erfolgen, wenn

- ein Kind sich selbst oder andere Schüler gefährdet
- ein Kind den Anweisungen des Betreuungspersonals wiederholt nicht Folge leistet
- ein Kind das Betreuungspersonal mehrfach respektlos behandelt
- ein Kind vorsätzlich Inventar der Einrichtung oder Eigentum anderer zerstört

(2) Vor dem Ausschluss sind die Erziehungsberechtigten anzuhören bzw. findet ein Elterngespräch statt. Sollten die Erziehungsberechtigten ihr Recht zur Anhörung nicht wahrnehmen, wird gemäß Sachverhalt ohne Anhörung entschieden.

§ 16 Mitwirkungspflicht

(1) Die Eltern haben die Pflicht, sich anhand der eingehenden Elternbriefe über aktuelle Termine und Geschehnisse, zu informieren. Ebenso sind Sie verpflichtet, an Gesprächsterminen teilzunehmen.

(2) Die Erziehungsberechtigten verpflichten sich, Änderungen in der Personensorge, sowie Änderungen der Anschrift, der privaten und geschäftlichen Telefonnummern der Einrichtung unverzüglich mitzuteilen, um bei Notfällen erreichbar zu sein.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. September 2023 in Kraft. Abweichend hiervon tritt § 9 zum 01. Oktober 2023 in Kraft.

Zum 01. September 2023 tritt die Satzung vom 15. Dezember 2021 sowie die Änderungssatzung vom 02. August 2022 außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Gaiberg, den 27.07.2023

Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Satzung zur Aufhebung der Satzung der Gemeinde Gaiberg über die Kindergartenordnung

Aufgrund von §§ 4 und 10 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit den §§ 2, 11 und 13 des KAG für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Gemeinde Gaiberg am 26. Juli 2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Satzung der Gemeinde Gaiberg über die Kindergartenordnung vom 22.07.2020 wird zum 31.08.2023 aufgehoben.

§ 2

Diese Satzung tritt zum 01.09.2023 außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Gaiberg, den 27.07.2023

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Ev. Kirchenbauverein Gaiberg e.V.
Martin Boeckh
1. Vorsitzender
Birkenweg 5
69251 GAIBERG

Martin.Boeckh@gmx.de
T. 06223 / 46639 (Büro)
T. 06223 / 973110 (privat)
M 0171 / 8322601 (mobil)



Gemeindeverwaltung Gaiberg
Gemeinderat der Gemeinde Gaiberg

Rathaus
69251 Gaiberg

Gaiberg, 10.05.2023

Aufnahme in das Vereins-Förderprogramm der Gemeinde Gaiberg

Sehr geehrte Frau Bürgermeister Müller-Vogel,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates Gaiberg,

hiermit möchte ich Sie bitten, den Ev. Kirchenbauverein Gaiberg e.V. in das Förderprogramm der Gemeinde Gaiberg aufzunehmen.

Die Voraussetzungen nach Kap. I, Abs. 2a-f der „Richtlinie zur Förderung der Ortsvereine durch die Gemeinde Gaiberg“ (vom 01.01.2019) werden mit Einschränkung wie folgt erfüllt:

- a) Der Sitz des Vereins ist Gaiberg.
- b) Die Gemeinnützigkeit ist vom FA Heidelberg anerkannt; eine Kopie des aktuellen Freistellungsbescheides liegt diesem Antrag als pdf bei.
- c) Einen übergeordneten Dachverband gibt es nicht.
- d) Der Verein verfolgt ausschließlich die in der Satzung vorgesehenen Ziele.
- e) Die Pflege der Kultur nimmt ein besonders hohes Maß ein (siehe nachfolgende Ergänzung).
- f) Der Verein steht allen Einwohnern Gaibergs offen – im Übrigen auch allen Konfessionen.

Ergänzung:

Es gibt in der o.g. Richtlinie zwar einen Punkt 5, der die Förderung von Fördervereinen ausschließt, doch sind wir der Meinung, dass der Ev. Kirchenbauverein e.V. hiervon auszunehmen ist. Wir veranstalten seit einigen Jahren mit der Reihe „Kultur & Kirche“ eine Kulturreihe mit Konzerten und Vorträgen, die insgesamt das kulturelle Leben am Ort durch besondere Künstlerinnen und Künstler der Region sehr bereichern.

Die Organisation dieser Veranstaltungen, von denen es mehrere pro Jahr gibt, ist neben hohem ehrenamtlichem Engagement auch mit nicht unerheblichen Kosten verbunden; dazu zählen Druck- u. Gestaltungskosten, Heizung, Miete, Gema-Gebühren und nicht zuletzt Fahrtkostenzuschüsse für die auftretenden Künstler.

Schon aus diesem Grund würden wir uns über eine verlässliche, jährliche Vereinsförderung durch die politische Gemeinde sehr freuen. Da wir ein völlig unabhängiger Verein sind, erhalten wir weder Verbandszuschüsse noch solche seitens der Evangelischen Kirche bzw. Landeskirche.

Alle weiteren Details sind unserer Website www.kirchenbauverein-gaiberg.de zu entnehmen. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Boeckh'. The script is cursive and fluid, with a large, stylized initial 'M'.

Martin Boeckh (1. Vorsitzender)
Im Namen des Vorstandes

Finanzamt

FINANZAMT HEIDELBERG

Steuernummer

32489/42856

Postleitzahl, Ort, Datum

69123 Heidelberg,

12. SEP. 2022

Straße, Hausnummer

Maaßstr 32

Organisationseinheit, Telefon

SG 4.1, 06221 7365-430

Evangelischer Kirchenbauverein Gaiberg
e.V.
c/o Martin Boeckh
Birkenweg 5
69251 Gaiberg

**Bescheid nach § 60a Abs. 1 AO
über die gesonderte Feststellung
der Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach
den §§ 51, 59, 60 und 61 AO**

Zutreffendes ist ☒ angekreuzt

Feststellung

Die Satzung der ☐ vorgeannten Körperschaft ☒ Körperschaft

(Bezeichnung der Körperschaft)

Evangelischer Kirchenbauverein Gaiberg e.V.

in der Fassung vom 30.06.2022 erfüllt die satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 AO.

Hinweise zur Feststellung

Eine Anerkennung, dass die tatsächliche Geschäftsführung (§ 63 AO) den für die Anerkennung der Steuerbegünstigung notwendigen Erfordernissen entspricht, ist mit dieser Feststellung nicht verbunden.

Diese Feststellung bindet das Finanzamt hinsichtlich der Besteuerung der Körperschaft und der Steuerpflichtigen, die Zuwendungen in Form von Spenden und Mitgliedsbeiträgen an die Körperschaft erbringen (§ 60a Abs. 1 Satz 2 AO). Die Bindungswirkung dieser Feststellung entfällt ab dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsvorschriften, auf denen die Feststellung beruht, aufgehoben oder geändert werden (§ 60a Abs. 3 AO). Tritt bei den für die Feststellung erheblichen Verhältnissen eine Änderung ein, ist die Feststellung mit Wirkung vom Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse aufzuheben (§ 60a Abs. 4 AO).

Bitte beachten Sie, dass die Inanspruchnahme der Steuervergünstigungen auch von der tatsächlichen Geschäftsführung abhängt, die der Nachprüfung durch das Finanzamt – ggf. im Rahmen einer Außenprüfung – unterliegt. Die tatsächliche Geschäftsführung muss auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet sein und den Bestimmungen der Satzung entsprechen.

Dies muss durch ordnungsmäßige Aufzeichnungen (insbesondere Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, Tätigkeitsbericht, Vermögensübersicht mit Nachweisen über Bildung und Entwicklung der Rücklagen) nachgewiesen werden (§ 63 AO). Über die Steuervergünstigungen nach den einzelnen Steuergesetzen wird im Rahmen des Veranlagungsverfahrens entschieden.

In jedem Falle ist die Körperschaft insoweit ertragsteuerpflichtig, als sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhält, der kein Zweckbetrieb ist. Soweit Körperschaftsteuerpflicht gegeben ist, besteht im gleichen Umfang Gewerbesteuerpflicht. Durch die Gewährung der Steuerbefreiung von der Körperschaft- und Gewerbesteuer wird die Umsatzsteuerpflicht grundsätzlich nicht berührt.

Bei Beschäftigung von Arbeitnehmern sind Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Haftung bei unrichtigen Zuwendungsbestätigungen

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung ausstellt oder veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer.

Dabei wird die entgangene Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer mit 30 %, die entgangene Gewerbesteuer pauschal mit 15 % der Zuwendung angesetzt (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

Abkürzungen: AO = Abgabenordnung, BStBl = Bundessteuerblatt, EStG = Einkommensteuergesetz, EStDV = Einkommensteuer-Durchführungsverordnung, GewStG = Gewerbesteuergesetz, KStG = Körperschaftsteuergesetz

☒ **Hinweis zur Steuerbegünstigung, zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen und/oder zum Kapitalertragsteuerabzug**

Hinsichtlich der Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug, der Steuerbegünstigung und/oder der Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen wird auf den letzten gültigen Freistellungsbescheid bzw. die Anlage zum letzten gültigen Körperschaftsteuerbescheid verwiesen.

Begründung und Nebenbestimmung

Datenschutzhinweis

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzeamt.de (unter der Rubrik „Datenschutz“) oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die in diesem Bescheid enthaltenen Verwaltungsakte können mit dem Einspruch angefochten werden. Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens.

Der Einspruch ist bei dem oben genannten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Die Frist für die Einlegung des Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekanntgegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung mittels Einschreiben durch Übergabe gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Bei Zustellung mit Zustellungsurkunde oder mittels Einschreiben mit Rückschein oder gegen Empfangsbekenntnis ist Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung.

Richtlinien zur Förderung der Ortsvereine durch die Gemeinde Gaiberg

I. Allgemeines:

1. Ein lebendiges Vereinsleben fördert das Gemeinschaftsleben, erweitert das Freizeitangebot und verbessert die allgemeinen Lebensbedingungen in der Gemeinde.
Insoweit erfüllen die Ortsvereine öffentliche Aufgaben. Ihre Förderung durch die Gemeinde erfolgt grundsätzlich nach Maßgabe dieser Richtlinien.
2. Die Einbeziehung eines Vereins in die Förderrichtlinien der Gemeinde Gaiberg erfolgt durch Gemeinderatsbeschluss auf Antrag.
Folgende Voraussetzungen müssen durch den Verein erfüllt sein:
 - a) Sitz des Vereins muss Gaiberg sein;
 - b) Gemeinnützigkeit;
 - c) Direkte oder indirekte Mitgliedschaft beim übergeordneten Dachverband;
 - d) Der Verein soll ausschließlich die in seiner Satzung vorgesehenen Ziele verfolgen;
 - e) Der Verein soll sich insbesondere um Jugendförderung, Sozial- und Kulturpflege, sportliche Betätigungen usw. bemühen;
 - f) Der Verein muss allen Einwohnern offen stehen;
3. a) Bei Wegfall oder Fehlen einer dieser Förderungsvoraussetzungen hat der Gemeinderat zu entscheiden, ob die Förderung dennoch erfolgt.
b) Ausnahmen kann der Gemeinderat zulassen
4. Die Förderung nach VI und VII erhalten schulpflichtige Kinder aus Gaiberg, auch wenn sie auswärtige Schulen besuchen.
5. Fördervereine sind von der Bezuschussung ausgeschlossen
6. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Vereinsförderung. Zuwendungen an Vereine werden nur im Rahmen der haushaltsmäßig bereitgestellten Mittel gewährt.

II. Vereinsjubiläen:

1. Gefördert werden nur klassische Jubiläen im 25-jährigen Rhythmus, wie z.B. 25-, 50-, 75-, 100-, 125-jähriges Bestehen usw., sofern der Verein durch offizielle, festliche Jubiläumsveranstaltungen an die Öffentlichkeit tritt.
2. Die Höhe des Gemeindegeldzuschusses beträgt jeweils das 10fache der Jubiläumsjahreszahl.
3. Jubiläumsgeldzuschüsse sind von den Vereinen bis zum 1. Oktober des dem Jubiläumsjahr vorangehenden Jahres beim Bürgermeisteramt zu beantragen.
4. Bei Zwischenjubiläen kann ein Präsent überreicht werden.

III. Laufende Jährliche Vereinsförderung:

Die Vereine werden in Würdigung der Vereinsziele, der Jugendarbeit, der direkten Leistungen für die Gemeinde und der anderweitig möglichen Förderung jährlich unterstützt.

1. Vereine im Sinne der entsprechenden gesetzlichen Regelungen erhalten eine jährliche Grundförderung in Höhe von 150,-- €
2. Vereine mit aktiver Jugendarbeit erhalten für jedes jugendliche Mitglied unter 18 Jahren 10,-- € jährlich. Als Nachweis gilt die Meldeliste an den entsprechenden Dachverband zusammen mit einer Adressliste. Jugendliche i.S. dieser Richtlinien werden insoweit anerkannt, als sie am 01. Januar des Förderjahres das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und in Gaiberg wohnhaft sind.
3. Ortsgruppen von Interessenverbänden (z.B. VdK) erhalten eine jährliche Förderung von 50,-- €

Förderungskriterien

Die laufende jährliche Förderung durch die Gemeinde wird von Amtswegen gewährt. Der Nachweis über die Erfüllung der Förderungsvoraussetzungen (z.B. Zahl der Jugendlichen usw.) ist jeweils bis zum 1. Juli des Förderungsjahres zu erbringen.

IV. Meisterschaften:

Finanziell gefördert werden grundsätzlich nur Jugend-Mannschaftsmeister, soweit der Sie betreuende Verein durch die Gemeinde laufend gefördert wird. Es werden gewährt an Jugendmannschaften in der höchsten Spielklasse Ihrer Altersgruppe:

Kreis- und Gaumeister	50,- Euro je Mannschaft
Bad. Vizemeister	75,- Euro je Mannschaft
Bad. Meister	100,- Euro je Mannschaft
Südd. Vizemeister	150,- Euro je Mannschaft
Südd. Meister	200,- Euro je Mannschaft
Deutsche Vizemeister	250,- Euro je Mannschaft
Deutsche Meister	300,- Euro je Mannschaft

Die Ehrungen erfolgen in offiziellem Rahmen durch die Gemeinde.

V. Förderung von Vereinsbaumaßnahmen:

- a) Gefördert werden nur solche Investitions- und Baumaßnahmen, die ausschließlich dem reinen Sportbetrieb dienen.
- b) Reine Sportanlagen der Vereine, für die der Bad. Sportbund, das Land und der Kreis einen zuschussfähigen Bauaufwand festsetzen, können von der Gemeinde mit bis zu 10 % des festgesetzten zuschussfähigen Bauaufwandes gefördert werden.
Der Zuschüsse bedürfen der Einzelgenehmigung des Gemeinderates. Ist kein zuschußfähiger Bauaufwand festgesetzt, so behält sich die Gemeinde vor, eine solche Baumaßnahme durch Einzelentscheidung des Gemeinderats zu fördern.
- c) Die Anträge auf Förderung von Baumaßnahmen sind von den Vereinen möglichst frühzeitig, mindestens jedoch 6 Monate vor dem beabsichtigten Baubeginn schriftlich beim Bürgermeisteramt einzureichen.
Dem Antrag sind Planunterlagen, Beschreibungen, Finanzierungsplan und Finanzierungsnachweise beizufügen.
Mit dem Bau darf erst dann begonnen werden, wenn dem Verein die schriftliche Entscheidung der Gemeinde Gaiberg über den gestellten Antrag zugegangen ist.

Die Auszahlung zugesagter Bauzuschüsse der Gemeinde bis zur Höhe von 80 % erfolgt im Rahmen der haushaltsmäßig bereitgestellten Mittel und nach Maßgabe des Baufortschrittes. Die restlichen 20 % des Gemeindezuschusses werden erst nach vollständiger Fertigstellung der Baumaßnahme, und nach Vorlage und Prüfung der Bauabrechnung durch die Gemeinde, ausgezahlt.

Wird der im Zuschussantrag angegebene tatsächliche finanzielle Aufwand (ohne Arbeitsleistungen der Mitglieder) nicht erreicht oder die Baumaßnahme planabweichend oder unvollständig ausgeführt, behält sich die Gemeinde den Widerruf, die Kürzung des Zuschussbetrages und die Rückforderung bereits gezahlter Zuschüsse vor.

In diesem Fall ist der an die Gemeinde zurückzuzahlende Betrag rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Aufgabe, der Nutzungsänderung oder der mangelnden Pflege der Anlage mit jeweils 8 % jährlich zu verzinsen.

VI. Zuschüsse der Gemeinde zu Jugendlagern für Kinder im schulpflichtigen Alter

Zuschuss je Kind 2,00 Euro pro Tag, höchstens 20,- Euro insgesamt für eine Jugendlager-Freizeit jährlich. Die Dauer des Aufenthaltes sollte mindestens eine Woche betragen.

VII. Zuschüsse der Gemeinde für Schullandheimaufenthalte

Der Zuschuss beträgt je Kind und Tag für einen Schullandheimaufenthalt 1,00 Euro. Der Zuschuss wird nur einmal jährlich gewährt.

VIII. Inkrafttreten:

Diese Richtlinie tritt am 01. Januar 2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie zur Förderung der Ortsvereine vom 01.01.2004, einschließlich der in der Zwischenzeit ergangenen Änderungen, außer Kraft.

Gaiberg, den 01. Januar 2019



Müller-Vogel
Bürgermeisterin

S A T Z U N G
des
EVANGELISCHEN KIRCHENBAUVEREINS GAIBERG E.V.
vom 30. Juni 2022

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

Der Verein mit dem Sitz in Gaiberg führt den Namen „Evangelischer Kirchenbauverein Gaiberg e.V.“ und ist im Vereinsregister eingetragen. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

Zweck des Vereins ist die Förderung kirchlicher Zwecke (§ 54 AO).
Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die ideelle und materielle Unterstützung der Evangelischen Kirchengemeinde Gaiberg bei der Erfüllung ihrer Bauaufgaben wie Pflege und Sanierung von kirchlichen Gebäuden und Flächen.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.

§ 3 Aufgaben des Vereins

Der Verein hat sich zur Aufgabe gesetzt, zur Finanzierung der Baumaßnahmen der Evangelischen Kirchengemeinde Gaiberg beizutragen und Vorschläge für die zu fördernden Objekte zu erstellen und dem Kirchengemeinderat und anderen Bauträgern vorzutragen.

Die zur Erfüllung des Vereinszweckes benötigten Gelder sollen aufgebracht werden durch

- a) Beiträge und Spenden seiner Mitglieder
- b) Zuwendungen Dritter
- c) Sammlungen
- d) Vereinsaktivitäten

Von den Mitgliedern wird ein Jahresbeitrag erhoben, der jeweils bis zum 31. März des Geschäftsjahres fällig ist. Die Mitgliederversammlung bestimmt die Höhe des Mitgliedsbeitrages.

Einnahmen und Vermögen des Kirchenbauvereins sind mündelsicher anzulegen, dass sie nach Absprache mit dem Kirchengemeinderat bei Bedarf in angemessener Zeit zur Verfügung gestellt werden können.

Spenden und andere Zuwendungen Dritter mit einer Zweckbestimmung dürfen nur für den angegebenen oder beabsichtigten Zweck verwendet werden.

Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann auf schriftlichen Antrag jede volljährige Person werden, ebenso juristische Personen und Vereine.

Über den schriftlichen Antrag entscheidet der Vorstand.

Die Mitgliedschaft beginnt nach Entrichtung des ersten Jahresbeitrages in voller Höhe. Eine Reduzierung des Mitgliedsbeitrages ist ausgeschlossen.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

- a) mit dem Tod des Mitglieds
- b) durch freiwilligen Austritt zum Ende des Geschäftsjahres
- c) durch Streichung von der Mitgliederliste wegen verweigerter Beitragszahlung
- d) durch Ausschluss aus dem Verein
- e) durch Auflösung einer juristischen Person oder Vereins

Über den Ausschluss entscheidet in Zweifelsfällen die Mitgliederversammlung.

Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten.

§ 6 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung

§ 7 Der Vorstand

Der Vorstand des Vereins besteht aus

- a) dem ersten Vorsitzenden
- b) dem zweiten Vorsitzenden
- c) dem Rechnungsführer
- d) dem Schriftführer
- e) der Vorstand kann mit zwei stimmberechtigten Beisitzern erweitert werden
- f) der Kirchengemeinderat kann zwei beratende Beisitzer in den Vorstand entsenden

Der Vorstand nach § 7 a) bis e) wird von der Mitgliederversammlung aus den anwesenden Mitgliedern für die Dauer von vier Jahren einzeln und unter Berücksichtigung des § 10 a) geheim gewählt, wenn mindestens ein Mitglied dies verlangt.

Vom Gaiberger Kirchengemeinderat entsandte Beisitzer nach § 7 f) müssen von der evang. Kirchengemeinde als Kirchengemeinderäte gewählt sein oder als Pfarrer/Pfarrerin bestimmt sein und dem Gaiberger evang. Kirchengemeinderat angehören.

Der Vorstand bleibt im Amt bis zum Beginn der Amtsperiode des neuen Vorstandes.

Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen. Diese Wahl bedarf der Bestätigung durch die nächste Mitgliederversammlung.

§ 8 Zuständigkeiten des Vorstandes

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich vertreten durch zwei Mitglieder des Vorstandes aus dem Personenkreis § 7 a) bis d), darunter der 1. oder 2. Vorsitzende.

Schriftstücke sind vom 1. oder 2. Vorsitzenden zu unterzeichnen. Werden Schriftstücke von Vorstandsmitgliedern nach § 7 c) bis d) unterzeichnet, so ist die zusätzliche Unterzeichnung von mindestens einem Vorsitzenden nach § 7 a) bis b) erforderlich.

Zuwendungen und Ausgaben des Vereins gem. §2 (Zweck des Vereins) können bis zu einem Wert von 1000,- Euro durch einen mehrheitlichen Vorstandsbeschluss erfolgen. Für darüber hinausgehende Beträge ist ein mehrheitliches Mitgliedervotum notwendig.

Der Vorstand ist für alle Vereinsangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht der Mitgliederversammlung übertragen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) Vorbereiten der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung
- b) Einberufung der Mitgliederversammlung
- c) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- d) Erstellung eines Jahresberichtes an die Mitgliederversammlung
- e) Führung der laufenden Geschäfte des Vereins

Der Rechnungsführer führt unter persönlicher Verantwortung das Kassenwesen. Er sorgt für richtigen und pünktlichen Eingang der Mitgliedsbeiträge und leistet Zahlungen nur auf Anweisung des 1. oder 2. Vorsitzenden. Am Ende des Vereinsjahres ist die Kasse abzuschließen und der ordentlichen Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten. Zuvor hat der Rechnungsführer den gewählten Kassenprüfern rechtzeitig Gelegenheit zu geben, eine Kassenrevision vornehmen zu können.

Der Schriftführer oder ein anderes beauftragtes Mitglied führt bei den Sitzungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung das Protokoll und besorgt die schriftlichen Arbeiten des Vereins. Der Rechnungsführer führt die Mitgliederliste.

§ 9 Beschlussfassung des Vorstandes

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in Vorstandssitzungen, die vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden, einberufen und geleitet werden. In jedem Fall

ist eine Einberufungsfrist von einer Woche einzuhalten. Einer Mitteilung der Tagesordnung bedarf es nicht.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn wenigstens der 1. oder 2. Vorsitzende und mehr als die Hälfte aller Vorstandsmitglieder anwesend sind.

Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, Stimmenthaltungen sind unzulässig. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Die Beschlüsse des Vorstandes sind zu protokollieren und vom Sitzungsleiter und vom Schriftführer zu bestätigen.

Vorstandssitzungen können auch ohne Anwesenheit am Versammlungsort stattfinden; Abstimmungen können dann mittels elektronischer Kommunikation durchgeführt werden.

§ 10 Die Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine nicht übertragbare Stimme. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für

- a) Bestimmung über den Wahlmodus bei Abstimmungen zur Vorstandswahl
- b) Die Wahl der Vorstandsmitglieder gemäß § 7 a) bis e)
- c) Entgegennahme der Berichte des 1. Vorsitzenden, des Rechnungsführers, der Kassenprüfer und des Schriftführers
- d) Entlastung des Gesamtvorstandes
- e) Wahl von zwei Kassenprüfern für jeweils zwei Jahre
- f) Beratung und Beschlussfassung über die Realisierung und Unterstützung der Bauvorhaben
- g) Festsetzung der Höhe des Mitgliedsbeitrages
- h) Beschlussfassung über vorliegende Beschwerden und Berufungen
- i) Ausschluss von Mitgliedern
- j) Änderung der Satzung

Bei der Beschlussfassung nach § 10 f ist bezgl. zweckgebundener Spenden und anderer zweckgebundenen Zuwendungen die Bestimmungen nach § 3, Abs. 5 zu beachten.

§ 11 Einberufung der Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich zeitnah nach Ablauf des Geschäftsjahres statt.

Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung durch Veröffentlichung in den amtlichen „Gemeindenachrichten – Amtsblatt der Gemeinden Bammental, Wiesenbach und Gaiberg“ einberufen.

Der Vorstand kann Vereinsmitgliedern ermöglichen, an der Mitgliederversammlung ohne Anwesenheit am Versammlungsort teilzunehmen und Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation auszuüben oder ohne Teilnahme an der Mitgliederversammlung ihre Stimmen vor der Durchführung der Mitgliederversammlung schriftlich abzugeben.

Die Einladungsfristen gelten entsprechend der einer realen Mitgliederversammlung. Abstimmungen bei virtuellen Mitgliederversammlungen können ausschließlich durch für alle Teilnehmenden sichtbare Handzeichen erfolgen.

§ 12 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch den 2. Vorsitzenden, oder falls beide verhindert sind, von einem Vorstandsmitglied geleitet.

Protokollführer ist der Schriftführer. Die Protokollführung kann auch einem anderen Mitglied übertragen werden.

Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss geheim erfolgen, wenn ein Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse über

- a) § 10 a) bis h) mit einfacher Mehrheit
- b) § 10 i) und j) mit dreiviertel Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlleiter übertragen werden.

Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn wenigstens doppelt so viel Mitglieder anwesend sind, wie dem Vorstand nach § 7 a) bis d) angehören.

Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

Für die Wahlen der Mitgliederversammlung gilt die Regel, dass Stimmenthaltungen außer Betracht bleiben. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 13 Nachträgliche Anträge

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt diese. Zur Annahme des Antrages ist eine Mehrheit von Dreiviertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Ein einstimmiges Vorstands-Veto gegen die Ergänzung der Tagesordnung erzwingt die Behandlung des Antrages auf der nächsten Mitgliederversammlung.

§ 14 Außerordentliche Mitgliederversammlung

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn die Belange des Bauvorhabens oder des Vereins dies erfordern, oder wenn dies von einem Viertel aller Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.

§ 15 Änderung der Satzung und Auflösung des Vereins

Über die Auflösung des Vereins und die Änderung der Satzung ist das zuständige Registergericht und das Finanzamt Heidelberg zu verständigen. Die Auflösung des Vereins ist möglich, wenn über die Hälfte seiner Mitglieder schriftlich zustimmt oder wenn die Wahl eines Vorstandes nach § 7 a) – d) nicht zustande kommt.

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Evangelische Kirchengemeinde Gaiberg, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 16 Beschluss der Satzungsänderung

Die vorliegende Satzung wurde in der ordentlichen 31. Mitgliederversammlung am 27. Mai 2021 beraten und beschlossen und stellt eine geänderte Satzung der am 25. Juni 1991 beratenen und in der Gründungsversammlung des Evangelischen Kirchenbauvereins am 09. Juli 1991 im Gemeinderaum bei der Evangelischen Peterskirche beschlossenen Satzung dar.

Die vorliegende Satzungsänderung wurde in der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 30.06.2022 beraten und beschlossen.